

# Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Zarif.

Nachnahme von Zeitungen bis nachm. 3 Uhr. Sonntags nur Morgenblätter bis 11 Uhr. Die einseitige Anzeigen-Zeile (ca. 8 Zeilen) 20 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; die zweiseitige Zeile auf 10 Pf., die zweiseitige Anzeigen-Zeile 1,50 Mk. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einseitige Anzeigen-Zeile 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Zusätzliche Aufträge nur gegen Vorauszahlung. Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

**Beleg-Zettel**  
Anzeigen-Zettel für den Druck sind zu bestellen bei der Druckerei. Die Beleg-Zettel sind zu bestellen bei der Druckerei. Die Beleg-Zettel sind zu bestellen bei der Druckerei.

Telegraphische Adresse: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Für Feinschmecker:

**Lebeck's**

Fondant-Chocolade  
Rahm-Chocolade  
Bitter-Chocolade  
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.  
Dessert per Carton 2,3 u. 4 M.

per Tafel 50 Pf.

Mark: Dreier.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.

**RAUM KUNST**

**Ausverkauf**

der Restbestände des Lagers der Firma G. Ritter:  
Einzelmöbel, kompl. Zimmer  
Gardinen, Stoffe, Teppiche  
an **Viktoriastraße 16, I. Etage.**  
Praktische, billige Weihnachtsgeschenke.

Schläuche  
Klappen  
Platten  
Ringe  
Schnüre  
Walzen  
Puffer  
Riemen aus

**Gummi  
Guttapercha  
Asbest**

fertigt in  
garantiert  
besten  
Qualitäten  
**E. Böhme**  
Dresden  
Ferdinandstr. 12.

**Projektion für alle.**  
24 Lichtbilder mit Vortrag 5 Mk.  
Neu erschienen:  
**Carl Plaul**  
Photo-Handlung  
Königlicher Hoflieferant  
Wallstraße 25.

**Balkanstaaten  
Konstantinopel und Bosphorus.**  
Bisher 36 Serien erschienen.  
Verzeichnis gratis.

**Chirurgische Gummiwaren** sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege, hergestellt nach eigenen bewährten, von der allgemeinen Handelsware abweichend. Modellen, empfiehlt **Carl Wendschuch's Etablissement** **Struvestrasse 11.**

## Für eilige Leser.

**Mutmaßliche Bitterung:** Volkia, keine Temperaturänderung, seitweife Niederschlag.

Die Zweite Kammer hat gestern den Volksschulgesetzentwurf in der von der Deputationsmehrheit in wesentlichen Punkten abgeänderten Fassung mit 61 Stimmen angenommen; dagegen stimmten 28 Konservative.

Der Reichstag schloß gestern bei der Weiterberatung des Entw. die Aussprache über die internationale Lage ab.

Das in Friedrichshafen auf Stapel liegende Verkehrsschiff „Sachsen“ wird voraussichtlich von der Heeresverwaltung für militärische Zwecke angekauft werden.

Ueber die Deutschrift des Reichshauptamtes zur Reichsteuerfrage findet ein Meinungsaustausch zwischen den Verbündeten Regierungen statt.

Die Einberufung österreichischer und ungarischer Reservisten dauert an.

Die Bestimmungen zwischen Bulgarien und Griechenland haben sich verschärft, da Bulgarien wegen der griechischen Sonderwünsche den Friedensschluß nicht hinauschieben will.

Die Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses beschloß verschiedene Veränderungen von Fremdwörtern in der Geschäftsordnung.

Die Regierung der Schweiz wird die Elektrifizierung der Bundesbahnen binnen zwanzig Jahren durchführen.

## Oesterreich-Ungarn und die Konferenz.

Von besonderer Seite wird uns aus Wien geschrieben:

Die Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und die gleichzeitige Petersburger Mitteilung, in der behauptet wurde, daß Rußland kriegerische Absichten hege, haben eine gewisse Entspannung hervorgerufen. Die Lage ist aber noch immer ernst, da Serbien an seiner Forderung nach einem eigenen Hafen an der Adria festhält. Oesterreich-Ungarn bleibt aber auf dem einmal festgelegten Standpunkt, Serbien zwar alle möglichen Erleichterungen für seinen Handel nach dem Meere, aber keinen territorialen Besitz an der albanischen Küste zuzugestehen zu wollen. Oesterreich wird in dieser Angelegenheit, die es für wichtig erklärt hat, einem so kleinen Staat nicht nachgeben. Es wird nicht dulden, daß Serbien, das sich bisher feindselig gezeigt hat, sich als große Macht aufspiele und zum Mittelpunkt großserbischer Umtriebe über seine eigenen Grenzen hinaus und dadurch zu einer Gefahr für die innere Ruhe der habsburgischen Monarchie werde. „Hegen oder brechen“ lautet der Entschluß der österreichisch-ungarischen Regierung jetzt. Entweder gibt Serbien in allen Punkten, die Oesterreich als sein Minimalprogramm aufgestellt hat, von selbst nach, oder es wird dazu gezwungen werden. Oesterreich hat bis jetzt die größte Konsequenz bewiesen und mit dem Hinweis, daß die Arzoooperationen keine definitive Regelung der territorialen Verhältnisse bedeuten, sich jeder Einmischung in die Angelegenheit enthalten. Es hat kein Ultimatum gestellt, um eine sofortige Erklärung Serbiens darüber, wie es sich die künftige Neuordnung denkt, zu erzwängen; es hat nichts dagegen einzuwenden, daß diese serbische Erklärung eventuell erst nach dem Friedensschluß zwischen der Türkei und den Balkanstaaten erfolgt. Es wird aber nicht dulden, daß Serbien seine Antwort bis ins Ungewisse verzögert. Auch darf man aus der Erklärung der „Nordd. Allgem. Zeit.“ die albanische und die adriatische Frage sollten erst im Berein mit den anderen aus den Vorkäufen auf dem Balkan entstandenen Fragen erörtert und geregelt werden, nicht folgern, Oesterreich-Ungarn werde die Lösung seiner Differenzen mit Serbien einer Konferenz überlassen. Die österreichische Diplomatie befolgt den vom Grafen Rechenthall aufgestellten Grundsatz, daß eine Großmacht nur auf eine Konferenz geht, wenn sie der Annahme ihrer Forderungen sicher ist, wenn also der Konferenz nichts anderes zu tun übrigbliebt, als die Anerkennung dieser Forderungen zu registrieren. Die Pflicht, ihre Interessen und ihr Recht zu wahren, gebietet der Monarchie diese Haltung; sie ist

nicht von feindseligen Gefühlen gegen Serbien eingegeben; heute Oesterreich den Wunsch, über Serbien herzufallen, so hätte es bereits genügende Anlässe gefunden.

Trotz dem ausrichtigen Wunsche der habsburger Monarchie, den Frieden wenn möglich zu erhalten, ist die Lage eine ernste, weil das Verhalten Serbiens in seiner herausfordernden Haltung beweis, daß es noch immer auf eine Unterstützung Rußlands rechnet. Andernfalls würde es nicht wagen, der benachbarten Großmacht die Stirn zu bieten. Daß die russische Regierung nicht Serbien zuliebe und auch nicht aus eigenem Interesse an einem serbischen Adriahafen, der einmal ein Stützpunkt der russischen Flotte werden könnte, einen europäischen Krieg heraufbeschwören wird, ist klar. Wenn sie dennoch die serbischen Ansprüche bis zum äußersten unterstützen sollte, so wäre dies nur dadurch zu erklären, daß die kriegerische Stimmung in Rußland die Oberhand gewonnen hätte, daß die Panlawisten, für die mächtige Einflüsse bei Hof und eigenmächtige Diplomaten im Auslande arbeiten, den leitenden Persönlichkeiten die Ueberzeugung suggeriert hätten, jetzt sei der Augenblick zu einem Kampfe des Slaventums gegen das Deutschtum gekommen. Auch die Einflüsterungen der russischen Intelligenz beeinflussen oft die Regierung. Diese unverantwortlichen Kreise hoffen, während eines Feldzuges im trüben Wasser und durch eine Revolution Großes in ihrem Sinne erreichen zu können. Einen vernünftigen Grund zu einem Kriege gegen Oesterreich hat Rußland nicht, da die Rivalität um das Erbe der europäischen Türkei jetzt gegenstandslos geworden ist. Seitdem die Balkanvölker erstarkt sind und sich des größten Teiles des europäischen Besitzes der Türkei bemächtigt haben, liegt auch für Rußland kein Grund mehr vor, sie zu beschützen. Eher wäre es denkbar, daß Rußland jetzt eine Schwenkung vollzöge und sich zum „Beschützer“ der Türkei aufwürfe. In der Tat hat es bereits den Anschein, als schide Rußland sich an, Konstantinopel gegen das allzu mächtig gewordene Bulgarien zu verteidigen.

Es ist interessant, in den „Gedanken und Erinnerungen“ zu lesen, wie Bismarck sich die zukünftige Politik Rußlands gedacht hat. In dem diesen Vermutungen gewidmeten Kapitel wird dargelegt, daß Rußland wohl aus seinen Misstiffen lernen und aufhören werde, die undankbaren Balkanvölker zu beschützen. Ferner schreibt Bismarck: „Ich glaube nicht, daß Rußland, wenn es (zum Kriege) fertig ist, ohne weiteres Oesterreich angreifen würde, und bin noch heute der Meinung, daß die Truppenaufstellung im russischen Westen auf keine direkt aggressive Tendenz gegen Deutschland berechnet ist, sondern nur auf die Verteidigung im Falle, daß Rußlands Vorgehen gegen

die Türkei die Westmächte zu Repressionen bestimmen sollte. Wenn Rußland sich für ausreichend gerüht halten wird, wozu eine angemessene Stärke der Flotte im Schwarzen Meere gehört, so wird, denke ich mir, das Petersburger Kabinett, ähnlich wie es im Vertrage von Hunfkar Iskelek 1833 verfahren, dem Sultan seine Stellung in Konstantinopel und die ihm verbliebenen Provinzen garantieren, wenn er Rußland den Schlüssel zum russischen Hause, d. h. zum Schwarzen Meere, in der Gestalt eines russischen Protektors des Bosphorus gewährt. Daß die Fortsetzung eines russischen Protektors in dieser Form eingeht, liegt nicht nur in der Möglichkeit, sondern, wenn die Sache geschickt betrieben wird, auch in der Wahrscheinlichkeit.“ — Ob jetzt nach den großen Niederlagen der Türkei dieser Fall eintreten wird, kann der nicht mit politischem Seherblick Ausgestattete nicht voraussehen.

Jedenfalls liegen jetzt große Fragen in der Luft: die Dardanellenfrage, die Frage der ägäischen Inseln, die Libanonangelegenheit, die Frage der Annexion Ägyptens durch England, die Streitfrage zwischen diesem und Frankreich um den Besitz Syriens. Eine Vorkonferenz ist bereits angeregt worden, und eine Rächekonferenz wird wahrscheinlich folgen. Keine der Großmächte hat im Prinzip Einwendungen hiergegen erhoben — auch Oesterreich-Ungarn nicht. Die Lösung der austro-serbischen Spezialfrage wird es aber — wie gesagt — einer Konferenz nicht überlassen. Es betrachtet diese Angelegenheit nicht als eine europäische, nicht einmal als eine Balkanfrage, sondern als eine Angelegenheit, die das Nachbarverhältnis in bezug auf die eigenen südlawischen Unterthanen und die gemeinsam mit Italien ausgeübte Herrschaft über das Adriatische Meer berührt. Es kann sich weder der Möglichkeit aussetzen, in dieser Privatangelegenheit auf einer Konferenz überstimmt zu werden, noch will es später gezwungen sein, zur Gewalt zu greifen. Es ist bereit, mit den anderen Mächten über die anderen durch den Balkankrieg aufgeworfenen internationalen Fragen mit zu beraten; es will aber dann nicht gebunden und nicht genötigt sein, seine Stimme für die Interessen der anderen Mächte abzugeben als Gegenleistung für deren Entgegenkommen in der speziell österreichisch-serbischen Angelegenheit. Sollte Rußland etwa die Absicht hegen, diese Frage bis zur Diskussion über die internationalen Angelegenheiten offen zu erhalten, um daraus bei einer Konferenz ein Tauschgeschäft für gegenseitige Konzessionen zu machen, so wird es hierin keinen Erfolg haben. Oesterreich-Ungarn will, daß keine Privatangelegenheit mit Serbien „totalisiert“ bleibe und vor einer Konferenz erledigt werde.

## Der griechisch-bulgarische Konflikt.

Noch im letzten Augenblick hat sich die Lage für die Türkei wesentlich gebessert. Zwischen den Verbündeten, namentlich zwischen Bulgaren und Griechen, ist es zu einem ziemlich ernstlichen Konflikt gekommen, der sich im wesentlichen um die Zukunft Saloniks dreht. Bulgarien hat nicht über Lust, möglichst schnell Frieden mit der Türkei zu schließen, ohne auf Griechenland's Sonderwünsche Rücksicht zu nehmen. Höchstwahrscheinlich werden die Türken ihre Bedingungen dementsprechend ummachten, so daß allerlei Ueberraschungen nicht ausgeschlossen erscheinen.

Viel Beachtung findet auch der Besuch des rumänischen Thronsohlers in Berlin, der zur Genüge beweist, daß Rumänien nach wie vor an der Seite des Dreiebundes stehen wird. Andererseits werden Rumänien's Kompensationsansprüche die türkische Unterstützung des Dreiebundes finden.

**Ueber die Ursachen des griechisch-bulgarischen Konflikts** wird aus Athen gemeldet: Im Hintergrunde der Wirren im Balkanbunde steht die eigenartige Sonderstellung Griechenlands im Balkanbunde. Man erinnert sich daß bei Beginn des Krieges die Forts Griechenland ausdrücklich von ihrer Kriegserklärung ausnahm. Sie war unterrichtet, daß Griechenland in anderer Form im Balkanbunde beteiligt war, als die übrigen Staaten, nämlich so, daß es sich mit seiner Flottenaktion nur auf die eigene Rechnung beteiligen wollte. Später bedurften die Balkanstaaten der griechischen Flotte in einem solchen Maße, daß Griechenland noch größere Resultate aus seinem Einmarsch verlangte, wie ihm ursprünglich bewilligt waren. Die griechische Flottenaktion war sozusagen entscheidend geworden. Die hohen Verluste der eigentlichen Balkanstaaten machten es dringend notwendig, daß jeder türkische Seetransport aus Kleinasien verhindert wurde.

Der Streit um Saloniki war aus diesen griechischen Mehrforderungen entstanden und ist nur provisorisch geschlichtet. Später trat der Umstand hinzu, daß Griechenland die im Balkanbunde nicht vorhergesehene Beteiligung an Saloniki Anlehn der Türken vornahm.

**Ursprung des Konflikts.**

Der griechisch-bulgarische Konflikt wegen Saloniki soll sich bereits de jure ausgespielt haben, daß die bulgarischen Unterhändler versuchten, Griechenland durch den Abschluß eines bulgarischen Separatfriedens mit der Türkei zu bevorzugen. Die Pforte verhält sich einseitig gegen die beiderseitigen Angebote ablehnend und setzt ihre Räumungen fort. Am Montag soll der Sultan ein Telegramm an König Ferdinand gerichtet haben, in dem er unter Betonung seiner friedlichen Absichten erklärt, daß er auf Adria nopol, das ein türkisches Heiligum sei, nicht verzichten könne.

Der „Agence Havas“ wird aus Saloniki gemeldet: Die Meldung, daß die serbische Armee, ein serbisch-bulgarisches Abkommen entsprechend, Monastir geräumt und den Bulgaren übergeben habe, rief in den griechischen Kreisen großen Eindruck hervor. Der Kronprinz sei nach Saloniki gekommen, um diese Angelegenheit mit dem König Georg zu besprechen. Gerüchtweise verlautet, daß der König von Griechenland Anstalten getroffen habe, mit der königlichen Familie den ganzen Winter in Saloniki zu verbleiben. Eine amtliche Mitteilung erklärt die Behauptung, Griechenland habe entsprechend einem griechisch-bulgarischen Abkommen zugegeben, daß Saloniki außerhalb seiner Zone bleibe, als unrichtig.

**Die Krise im Balkanbunde.**

Die „Balkanische Korrespondenz“ meldet aus Sofia: Die makabenden Kreise sind über die tatsächliche Aus-